

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herrn Bezirksbürgermeister
Josef Wirges
Im Hause

Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker
Rathaus
50667 Köln

Bezirksvertretung Köln-Ehrenfeld

Ehrenfeld - Neuehrenfeld - Bickendorf/
Ossendorf - Bocklemünd-Mengenich -
Vogelsang

Bezirksrathaus Ehrenfeld

Venloer Str. 419-421
50825 Köln
Tel./Fax: 0221/22194-309
Email: gruene-bv4@stadt-koeln.de
www.gruenekoeln.de/Bezirk4

Eingang beim Bezirksbürgermeister:

AN/1401/2018

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Bezirksvertretung 4 (Ehrenfeld)	05.11.2018

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, betr.: PV-Anlagen

Sehr geehrter Herr Bezirksbürgermeister, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN stellt folgenden Antrag für die Sitzung der Bezirksvertretung am 5. November:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld beauftragt die Verwaltung alle Dachflächen auf städtischen Liegenschaften im Bezirk Ehrenfeld zu spezifizieren und zu benennen, die für die Installation und Nutzung von Photovoltaikanlagen (PV-Anlagen) zu den Bedingungen des Gestattungsvertrags der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln geeignet sind (siehe https://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf26/mustervertrag_photovoltaiik.pdf.) Diese Flächen sind den Bürgerinnen und Bürgern für (genossenschaftliche) Bürgerstromprojekte anzubieten. Auf ein Nutzungsentgelt gemäß §3 des Gestattungsvertrags wird verzichtet. Aufgrund der Dringlichkeit wird die Verwaltung beauftragt zu jeder Bezirksvertretungssitzung ausführlich schriftlich darzustellen, wie der Antrag umgesetzt wurde.

Begründung

Der aktuelle Bericht (<http://www.ipcc.ch/report/sr15/>) des Intergovernmental Panel on Climate Change, im Deutschen häufig als „Weltklimarat“ bezeichnet, belegt eindeutig, dass die Klimakrise nur durch beispiellose Veränderungen bei der Stromerzeugung, der Fortbewegung, der Landwirtschaft, Industrieprozessen und der städtischen Infrastruktur zumindest teilweise begrenzt werden kann. Vor diesem Hintergrund müssen nicht nur Politik und Verwaltung unverzüglich handeln, sondern die Bürgerinnen und Bürger auch an diesen Veränderungsprozessen beteiligt werden.

Die Energiewende weg von fossilen hin zu regenerativen Formen der Energiegewinnung erreicht mit dem bevorstehenden Kohleausstieg die nächste Stufe. Gleichzeitig wollen sich viel mehr Bürgerinnen und Bürger an der Energiewende beteiligen und von dieser profitieren. Gerade Bürgerinnen und Bürger, die über keine eigenen Dachflächen verfügen (z. B. Mieter) sind bislang aber weitgehend von den Marktchancen regenerativer Energieproduktion ausgeschlossen. (Genossenschaftliche) Bürgerstromprojekte schließen diese Lücke, da sie jedem Bürger und jeder Bürgerin die Möglichkeit bieten, sich konkret, unmittelbar und lokal an der Energiewende zu beteiligen und von dieser zu profitieren. Durch die Veröffentlichung derzeit brachliegender Dachflächen im Stadtbezirk Ehrenfeld soll die Möglichkeit zur Beteiligung an der Energiewende transparent gemacht werden. Durch die unentgeltliche Überlassung zu den Bedingungen des Gestattungsvertrags der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln soll der größtmögliche Investitionsanreiz gesetzt werden.

Mit freundlichen Grüßen



Christiane Martin

Fraktionsvorsitzende



Frank Jablonski

stellvert. Fraktionsvorsitzender